

# Der Unabhängige Historikerverband und die demokratische Revolution 1989/90 in der Geschichtswissenschaft

## Eine erfahrungsgesättigte Analyse

**Bernd Florath**  
Berlin

*Die erste notwendige Bedingung der  
Freiheit ist aber Selbsterkenntnis,  
und Selbsterkenntnis ist eine  
Unmöglichkeit ohne Selbstbekenntnis.*  
(Karl Marx)<sup>1</sup>

Als Armin Mitter und Stefan Wolle Anfang Januar 1990 ihren Aufruf zur Gründung einer „Arbeitsgruppe unabhängiger Historiker in der DDR“ ans Schwarze Brett des Zentralinstituts für Geschichte pinnten, las ich diese Brandschrift halb amüsiert, halb kopfschüttelnd: Irgendwie traf der wütende Text die Situation, zugleich empfand ich ihn auch als ziemlich dick aufgetragen. Da ich mit den beiden Autoren schon als Student befreundet war und mit ihren Temperamenten (eher hitzig bei Armin Mitter, ironisch bis sarkastisch bei Stefan Wolle) vertraut war, nahm ich es als notwendiges offenes Wort ernst, war selbst aber in dieser Zeit zu sehr mit der Abwicklung der SED in der Akademie beschäftigt,<sup>2</sup> um mich weiter darum kümmern zu können. Unter den etablierten Kollegen war ohnehin bereits eine muntere und z. T. kontroverse Debatte ausgebrochen, deren Effekt noch keineswegs abzusehen war. Einigkeit herrschte darüber, dass tiefgreifende Änderungen notwendig waren, um eine Situation zu beenden, in der die Geisteswissenschaften „zu Bestätigungsinstanzen der SED-Beschlüsse“<sup>3</sup> geworden waren.

Beseitigt werden sollte ein System, in dem bestimmte historische Vorgänge systematisch verschwiegen, verfälscht, gelegnet wurden, um

---

<sup>1</sup> Die Verhandlungen des 6. Rheinischen Landtags. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 1, S. 28.

<sup>2</sup> Vgl. Bernd Florath: Gespensterstunde – von der SED zur PDS. Eine Staatspartei auf Überlebensuche, in: Ilko-Sascha Kowalczyk/Frank Ebert/Holger Kulick (Hg.): (Ost)Deutschlands Weg. 35 weitere Studien, Prognosen & Interviews. Berlin, Bonn 2021, Bd. I, S. 186–203.

<sup>3</sup> Armin Mitter/Stefan Wolle: Aufruf zur Bildung einer Arbeitsgruppe unabhängiger Historiker in der DDR (10. Januar 1990). In: Rainer Eckert/Ilko-Sascha Kowalczyk/Isolde Stark (Hg.): Hure oder Muse? Klio in der DDR. Dokumente und Materialien des Unabhängigen Historiker-Verbandes. Berlin 1994, S. 22.

der herrschenden Partei den Anschein zu verleihen, historisch gesetzmäßig und frei von jeglichen Verbrechen gewachsen zu sein. Gegen diese „Instrumentalisierung der Geschichte zum Zweck der Herrschaftssicherung“<sup>4</sup> protestierten Mitter und Wolle und betonten die Unmöglichkeit, die Situation „von innen heraus“ zu ändern.<sup>5</sup> Es ging um nicht mehr und nicht weniger als um die Applizierung der politischen Revolution auf einen spezifischen Sektor des (ideologischen) Staatsapparates.

## **Verantwortlichkeiten im bestehenden System**

Besonders in der zeithistorischen Forschung der DDR bestand ein striktes System der Zensur, sodass Regimekritisches oder gar -feindliches in der Regel gar nicht erst gedruckt wurde. Dieses System war kein äußeres, die Historiker gleichermaßen einzäunendes, repräsentiert durch einen Oberzensor. Das System bestand vielmehr in einem vielstufigen Konzert von Begutachtungen und Textrevisionen, vollzogen durch Kollegen der eigenen Zunft. Es operierte desto engmaschiger, je mehr sich die Texte mit politisch sensiblen Themen befassten. Das Verfahren zielte indes weniger auf die Texte als auf deren Autoren und ihre Gesinnung. Die ideologische Kontrolle überwachte in erster Linie die Loyalität der Personen: der Autoren ebenso wie der institutionell Verantwortlichen und der Gutachter.

Gegen die Eigendynamik der Wissenschaft an den Universitäten hatte die SED die Hegemonie ihres ideologischen Ansatzes nicht allein mit der wissenschaftlichen Autorität ausgewiesener Nazigegner durchgesetzt, sondern vor allem durch die Etablierung einer parallelen Wissenschaftsstruktur innerhalb und außerhalb der Universitäten, in Einrichtungen der Partei, an denen die nächste Generation nicht nur ihre wissenschaftliche, sondern auch ihre politische Ausbildung erhielt.<sup>6</sup> Bis Mitte/Ende der 1950er Jahre waren die verantwortlichen Positionen und Lehrstühle durch Kader besetzt, die sich zwar auf ihre fachwissenschaftlichen Meriten berufen konnten, deren Kernkompetenz allerdings in ihrer Verlässlichkeit als Vertreter der Partei bestand. Sie waren es, die die Geschichtspolitik der SED durchzusetzen hatten. Freilich waren sie zugleich immer auch Objekte dieser Politik. Kamen Zweifel an ihrer unbedingten Loyali-

---

<sup>4</sup> Ebenda.

<sup>5</sup> Ebenda, S. 23.

<sup>6</sup> Vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk: Legitimation eines neuen Staates. Parteiarbeiter an der historischen Front. Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945 bis 1961. Berlin 1997, S. 98–106.

tät auf, wurden auch sie in unterschiedlichen Graden zu Objekten der Disziplinierung, wurden von Schlüsselpositionen versetzt bzw. nicht in solche berufen oder marginalisiert wie z.B. Günter Mühlpfordt,<sup>7</sup> Helmut Eschwege<sup>8</sup> oder Manfred Kliem.<sup>9</sup> Das System der Kadernomenklatur verlieh stellvertretend die Autorität der SED, die Interessen der Partei durchzusetzen, an ihre Funktionäre, die „Arbeiter an der historischen Front“. Diese Übertragung war verbunden mit der gesteuerten Karriere, privilegiertem Zugang zu Ressourcen und einem höheren Maß an Eigenverantwortlichkeit, nicht zuletzt bei internationalen Kontakten.

Für Beobachter aus dem Ausland war die Historiographie der DDR sichtbar vor allem durch diese Kader, ihre Publikationen und Kontakte mit ihnen – ein Bild, in dem die internen Arbeitsbedingungen in der historischen Zunft der DDR ausgeblendet blieben.<sup>10</sup> Die Kontrolle über Publikationen (verschärft über solche, die im Ausland erscheinen sollten), Reisen, insbesondere ins westliche Ausland, oblag den durch das System der Nomenklatura geprüften und kontrollierten Kadern. Deren Autorität bestimmte darüber hinaus auch die Entwicklung und personelle Ausstattung von Projekten. Selbst der Zugang zu Archiven, vor allem der zeit-historisch relevanten Archive, unterlag strikter Kontrolle. So blieb z. B. die Einsichtnahme in Archivalien des SED-Parteiarchives abhängig von der Befürwortung durch SED-Parteisekretäre. Selbst wenn diese gegeben war, konnte das Material nicht durch die Forschenden selbst recherchiert werden, sondern wurde vorgelegt unter dem Aspekt der von Archivseite definierten Relevanz für das angegebene Thema.

---

<sup>7</sup> Vgl. Margarete Wein: Der „Fall Mühlpfordt“ 1947–1989 und Ulbrichts Verfolgungskampagne an der Universität Halle. Mit Exkurs: Lehren der Geschichte – Zur Lage nach den Wahlen von 1998. 50 Fragen an Günter Mühlpfordt, in: Erich Donnert (Hg.): Aufklärung in Europa. Köln, Weimar, Wien 1999, S. 777–819.

<sup>8</sup> Das Unbehagen an, um nicht zu sagen der Horror vor ernsthafter Erforschung der Shoah selbst durch eigene Parteigänger zeigt sich mit erschreckender Deutlichkeit am Beispiel von Ota Kraus und Erich Kulka (Die Todesfabrik. Berlin 1957) oder Anatolij Kuznecov (Babi Jar. Berlin 1968), deren Bücher vom Markt verschwanden und deren Arbeitsmöglichkeiten weit eingeschränkt wurden. Kulka und Kuznecov emigrierten schließlich nach Israel.

<sup>9</sup> Kliems eigenmächtige Kommentare sowohl zur Biographie von Marx (Karl Marx. Dokumente seines Lebens 1818 bis 1883. Leipzig 1970.) als auch zum „Kommunistischen Manifest“ (Ausgabe des Reclam Verlages, Leipzig 1976) als Mitarbeiter des Instituts für Marxismus-Leninismus führten nicht nur zu einem Parteiverfahren und seiner Entlassung, sondern noch über zehn Jahre später auch zu Schwierigkeiten bei seiner Habilitation.

<sup>10</sup> Dies traf bei der Evaluation der wissenschaftlichen Leistungen post festum um so mehr auf die Lehrtätigkeit zu, bei der insbesondere in kleinen Seminaren die gängigen Axiome mitunter geradezu subversiv dekonstruiert wurden.

Zweifelsohne war die Spannung zwischen professioneller Arbeit und politischer Disziplin permanente Arbeits-, ja Existenzbedingung für die Geschichtskader, wenn auch individuell in unterschiedlicher Schärfe empfunden. Eine Beschreibung der DDR-Historiographie als eine „anormale“<sup>11</sup> oder „oktroiierte Normalwissenschaft“<sup>12</sup> geht am Kernproblem vorbei. Nicht die Wissenschaft wand sich zwischen Wissenschaftlichkeit und Parteiauftrag, die Personen taten dies und sie wussten, was sie taten. Die Debatte darüber, ob wissenschaftliches und politisches Interesse sich kontravalent oder disjunktiv gegenüberstünden, unterstellt freilich einen Wissenschaftsbegriff, der sowohl Offenheit wie Orientiertheit an einem exklusiven Paradigma als zulässig unterstellt, aber sie problematisiert nicht, *welche* politischen Interessen die wissenschaftlichen desavouieren und welche einer so immens politischen Wissenschaft notwendig immanent sind – es sei denn die Geschichtswissenschaft soll unpolitisch, d. h. interessenlos, bloße Brotgelehrsamkeit sein, wie sie Friedrich Schiller beschrieben hat.

Allerdings waren DDR-Historiker nicht politisch im Sinne von *πολίτες*, indem sie sich als Bürger ihres Gemeinwesens mit den spezifischen Mitteln ihrer Arbeit in dessen Gestalt einbrachten,<sup>13</sup> sondern sie waren politisch lediglich im Sinne einer Macht, die sich absolut über verschiedene gesellschaftliche Interessen erhob, seien diese ökonomischer oder, wie hier, wissenschaftlicher Natur. Positiv legitimiert war diese Macht einzig durch Negation eines inhumanen Vorgängerregimes. Die bloße Negativität eines Antifaschismus, der alles, was nicht den Vorstellungen der kommunistischen Partei entsprach, als tatsächlich oder zumindest potentiell faschistisch bekämpfte, wirkte endlich als absolute Negativität.

Die DDR-Historiker waren freilich weder bloße Parteifunktionäre, noch waren sie nur durch äußeren, politischen Druck kujonierte Wissenschaftler – sie waren in graduell unterschiedlicher Weise akzentuiert beides. Und sie waren es über den gesamten Zeitraum der Existenz der DDR.

---

<sup>11</sup> Konrad Jarausch: Die DDR-Geschichtswissenschaft als „Meta-Erzählung“. In: Martin Sabrow (Hg.): *Verwaltete Vergangenheit. Geschichtskultur und Herrschaftslegitimation in der DDR*. Leipzig 1997, S. 31.

<sup>12</sup> Martin Sabrow: Der staatssozialistische Geschichtsdiskurs im Spiegel seiner Gutachtenpraxis. In: Ebenda, S. 60.

<sup>13</sup> Vgl. Bernd Florath: *Verpaßte Möglichkeiten? DDR-Historiker in den sechziger Jahren*, in: *Utopie kreativ*, 73/74/1996, S. 51–64; ders.: *Von der historischen Mission der SED. Wandel der politischen Vorgaben in den sechziger Jahren und die Entpolitisierung der Historiker der DDR*, in: Georg G. Iggers u. a. (Hg.): *Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem*. München 1998, S. 205–226.

Nimmt man die in Marxens „Vorwort zur Kritik der politischen Ökonomie“ skizzierte Grundauffassung als das für die DDR-Geschichtswissenschaft geltende Paradigma historischer Erklärung und Methode – womit man sich innerhalb wissenschaftsförmiger Methodik befände –, so sind die politischen Folgerungen, welche die kommunistischen Parteien aus diesem Verständnis des historischen Fortschritts gezogen haben, selbst kein Teil dieses Paradigmas und können nur als außerwissenschaftliches Oktroy Geltung erlangen. Die SED hatte ihre Politik als historische Sendung, sich selbst gleichermaßen als Platzhalter des Weltgeistes begriffen. Daher hatte die historische Zunft den Gang des Fortschritts zur SED als aus der Vergangenheit sich logisch entfaltend nachzuzeichnen.

Doch dass die Historiker dieses Ansinnen „ursprünglich“ unterstützt, ihm aber „allmählich“ distanzierter gegenübergestanden hätten, ist eine Legende.<sup>14</sup> Die unmittelbar politischen Interventionen in die Arbeit der Fachwissenschaft zielten auf die Personen, ja mehr noch, sie zielten auf die Gesinnung, in der die Historiker ihre Arbeit leisteten. Schon die Auffassung, in der Wissenschaft „die Politik vollkommen beiseite zu lassen“, wurde daher „als eine Provokation“<sup>15</sup> betrachtet, es galt – um es mit den Worten von Marx zu beschreiben, die „*Jurisdiktion des Verdachts* ...“, die nicht *die Handlung als solche*, sondern die *Gesinnung* des Handelnden zu ihren Hauptkriterien“ machte.<sup>16</sup>

Die Selbstverständlichkeit, mit der Äußerungen von Politikern als „grundsätzliche Feststellungen und Hinweise, ... als eine sehr wertvolle Hilfe für die weitere Arbeit“<sup>17</sup> der Forschung als Leifaden zugrunde gelegt wurden, gehörte zum Kanon einer Ausbildung, nach der „von den allgemeinen Darstellungen zu Spezialabhandlungen“ vorangeschritten werden sollte, wobei „Studien der Werke von Marx, Engels und Lenin sowie der Parteibeschlüsse“ von „besonderem Wert“ seien.<sup>18</sup> Noch 1989 wurde den vollkommen überlebten und offenkundig kontraproduktiven

---

<sup>14</sup> So Ralf Possekel: Kuriositätenkabinett oder Wissenschaftsgeschichte? Zur Historisierung der DDR-Geschichtswissenschaft, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 24(1998)3, S. 457 f.

<sup>15</sup> Treffbericht des IM „Arno“ (Kurt Gossweiler) vom 11.11.1959, BStU, ZA, MfS, AIM 2951/80, Teil II, Bd. 1, Bl. 14.

<sup>16</sup> Karl Marx: Bemerkungen über die neueste preußische Zensurinstruktion. In: *Marx/Engels: Werke*, Bd. 1, Berlin 1978, S. 14.

<sup>17</sup> Werner Tschannerl: Die SED-Führung und der „Grundriß der Geschichte des deutschen Volkes“, in: Martin Sabrow/ Peter T. Walther (Hg.): *Historische Forschung und sozialistische Diktatur. Beiträge zur Geschichtswissenschaft der DDR*. Leipzig 1995, S. 115.

<sup>18</sup> Walther Eckermann/ Hubert Mohr (Hg.): *Einführung in das Studium der Geschichte*. 3., völlig neu erarb. Aufl., Berlin 1979, S. 539.

Thesen der SED-Führung zum 70. Jahrestag der KPD-Gründung<sup>19</sup> von verantwortlichen Wissenschaftlern in ihrer Eigenschaft als Wissenschaftsfunktionäre ein erkenntnisfördernder Inhalt zugerechnet.

Die Unterwerfung unter die politischen Aspirationen der Partei war nicht geboren aus der Annahme, „dies würde *im Interesse* der Wissenschaft selbst, ihres substantiellen Fortschritts, geschehen“.<sup>20</sup> Sie war geboren aus der Übereinstimmung der Historiker mit den politischen Zielen dieser Partei, der das wissenschaftliche Ethos unterworfen wurde. Mit einem Marx'schen Paradigma freilich hatte das nichts zu tun:

Einen Menschen aber, der die Wissenschaft einem nicht aus ihr selbst (wie irrtümlich sie immer sein mag), sondern von aussen, ihr fremden, äusserlichen Interessen entlehnten Standpunkt zu accomodieren sucht, nenne ich ‚gemein‘.<sup>21</sup>

Man mag die Engführung der Geschichtswissenschaft in der DDR auf das Marx'sche Paradigma als Einschränkung und Verarmung beklagen, ihre wissenschaftlichen Defizite lagen aber vor allem in ihrer Unterordnung unter außerwissenschaftliche Interessen begründet.

### **Krisenstrategien leitender Historiker 1989**

Im November 1989 war auch den leitenden Historikern der DDR aufgefallen, dass sich das Land veränderte. Diesen Umstand zu benennen, bedurfte es zu jenem Zeitpunkt keines Bürgermutes mehr. Die Phase des Abwartens, ob sich der Wind wieder drehe und dann jene auffräße, die sich für Veränderungen engagiert hatten, ging ihrem Ende zu. Selbst jene, die für die bisherige Entwicklung Schlüsselverantwortung trugen, beflößigten sich der Kritik – freilich auch ohne sich selbst als jene Akteure zu benennen, die das Desaster zu verantworten hatten. Verantwortung, ja Schuld trugen immer andere.

Am 29. November 1989 versammelte sich das (erweiterte) Präsidium der Historikergesellschaft zur Schadensbetrachtung. Der Präsident Heinrich Scheel machte gleich einleitend eine verblüffene Bemerkung. Man habe gearbeitet, sich in letzter Zeit sogar an einige schwierige Fragen herangetastet, „aber all das langte bei weitem nicht zu, um all das wegzu-

---

<sup>19</sup> Vgl. 70 Jahre Kampf für Sozialismus und Frieden, für das Wohl des Volkes. Thesen des ZK der SED zum 70. Jahrestag der Gründung der KPD; Beschluß der 6. Tagung des ZK der SED, 9.10. Juni 1988. Berlin 1988.

<sup>20</sup> Possekel, a.a.O., S. 457.

<sup>21</sup> Karl Marx: Zur Kritik der politischen Ökonomie (Manuskript 1861–1863). Teil 3. In: MEGA II, 3, Berlin 2013, S. 771.

wedeln, was die elementare Volksbewegung in den letzten Wochen an Frust und Verkrustung aus unserem Geschichtsbild weggewedelt hat – Frust und Verkrustung, um deren Existenz wir sehr wohl wußten“.<sup>22</sup> Die Probleme waren den Verantwortlichen nicht neu. Überraschend war allenfalls, dass diese nunmehr mit derartiger Geschwindigkeit und Radikalität auf die Tagesordnung gesetzt wurden, dass kaum noch Zeit für Antworten blieb. Oder doch? Scheel empfahl ein dreistufiges Verfahren: 1. Kritik des „Vorhandenen mit allen Fehlern und Mängeln“; 2. Sammlung von Ideen, ohne Rücksicht auf deren Realisierbarkeit zu nehmen, 3. Verwirklichung des Machbaren. Der Revolutionshistoriker Manfred Kossok reduzierte die demokratische Revolution auf den „Sturz von Idolen und Bilderstürmerei“,<sup>23</sup> auf einen radauartigen Moment der Empörung, dem mit einer Reformation des Glaubens abzuhelpfen sei.

Weitgehende Einigkeit bestand unter den präsidentialen 14 Historikern (und der einen Historikerin) darin, zentrale Leitungs- und Lenkungsbehörden der SED wie den Rat für Geschichtswissenschaft zu schleifen und damit das unmittelbare Eingriffsrecht der Partei in die professionelle Arbeit. Dass die rigorosen Kontroll- und Zensuranmaßungen des Instituts für Marxismus-Leninismus zuvor ausgerechnet von Walter Wimmer, der geradezu als Personifizierung des monierten Verfahrens gelten konnte, im „Neuen Deutschland“ kritisiert worden waren, rief freilich empörte Gegenreden hervor: „Und wer damals dazu geschwiegen hat, hat für mich heute nicht das moralische Recht, sich zu entrüsten.“<sup>24</sup>

Karl Drechsler benannte in seiner Rede ähnliche Punkte wie später Mitter und Wolle, nur moderater im Temperament und beschränkt auf die ihm näher liegenden Fachgebiete:

Zur Positionsbestimmung gehören in erster Linie die schonungslose Überprüfung und die Aufarbeitung der gesamten bisherigen Geschichte des internationalen Sozialismus, vor allem der Geschichte sozialistischer Länder und der kommunistischen Bewegung.<sup>25</sup>

Eine Totalrevision der geleisteten eigenen Arbeit. Was soll man mit dem selbstverursachten Desaster anfangen? Drechslers Antwort lautete:

---

<sup>22</sup> Heinrich Scheel: Neue Anforderungen an die Arbeit der Historiker. Standpunkte – Probleme – Vorschläge. Materialien der erweiterten Tagung des Präsidiums der Historiker-Gesellschaft vom 29. November 1989. Eröffnungsansprache. In: Wissenschaftliche Mitteilungen (der Historiker-Gesellschaft) (im Folg: WiMi), 1990/I, S. 7.

<sup>23</sup> Manfred Kossok: Diskussionsthesen. In: Ebenda, S. 9.

<sup>24</sup> Klaus Kinner: Worum es geht. In: Ebenda, S. 15.

<sup>25</sup> Karl Drechsler: [Diskussionsrede] In: Ebenda, S. 26.

Das gebietet, meine ich, Selbstbesinnung, aber nicht Selbstaufgabe, Selbstkritik, aber nicht Selbstzerstörung, Selbstbefragung, aber mit Selbstbewußtsein und mit Würde.<sup>26</sup>

Die Mitglieder des leitenden Gremiums der Berufsorganisation der DDR-Zunft debattierten den eingetretenen Schaden, als wären sie dauerhaft abwesend gewesen, und zeigten sich erstaunt. Aber selbstverständlich, so lautet ihre Schlussfolgerung, dürfe man in der Havarie nicht die Fachleute, d.h. deren Verursacher wechseln.<sup>27</sup> Die Fachleute aber wussten um die Fehler, die sie gemacht hatten. Manfred Weißbecker verwies auf die Defizite der mit großem Aufwand verbreiteten Biographie Ernst Thälmanns, fragte nach den „lackierenden Malweisen und Fälschungen“ darin und warf die Frage der Wahrhaftigkeit und professionellen Ernsthaftigkeit auf.<sup>28</sup>

Letztlich aber ging es um die Rettung der Deutungsmacht. Wenn schon eine Umwertung der Werte unumgänglich erschien, dann sollte sie auch von denselben Herrschaften kontrolliert werden, die sie in Verkehr gebracht hatten. Entscheidend waren nicht die Inhalte der Forschungen, sondern die Loyalität der im System der Kadernomenklatur<sup>29</sup> organisierten politischen Funktionäre. Entsprechend priorisierte Kurt Pätzold die politische vor der wissenschaftlichen Disziplin:

Die Historiker der DDR waren eine leistungsfähige, *hochorganisierte und durch Disziplin ausgezeichnete Gruppe* von Gesellschaftswissenschaftlern in unserem Staate. Nach meinem Urteil könnten wir das bleiben, vorausgesetzt wir würden uns den Inhalt unserer Disziplin und darüber, wie wir sie miteinander und nach außen üben wollen, neu verständigen.<sup>30</sup>

---

<sup>26</sup> Ebenda.

<sup>27</sup> In diesem Sinne hatte sich am 10.11.1989 Moritz Mebel gegen die Einberufung eines SED-Parteitag gewandt: „Für einen operativen Eingriff sei der richtige Zeitpunkt wichtig.“ Den folgenden Satz verschwieg das „Neue Deutschland“: Man könne, so Mebel, während der Operation nicht das Ärzteteam austauschen, weshalb er gegen den weithin geforderten – ein neues Zentralkomitee wählenden – Parteitag sei. – Vgl. Neues Deutschland, 11. 11.1989, S. 3.

<sup>28</sup> Vgl. Manfred Weißbecker: Verantwortung und Wahrhaftigkeit von Historikern heute – Stellungnahme zu einem Interview. In: WiMi 1990/I, S. 37.

<sup>29</sup> Vgl. zum System und der Funktion der Kadernomenklatur Borys V. Levyc'kyj: Die Nomenklatur als ein wichtiges Instrument sowjetischer Kaderpolitik, in: Osteuropa, 11 (1961) 6, S. 406–412; Michail S. Voslenskij: Nomenklatura. Die herrschende Klasse der Sowjetunion. Wien <sup>3</sup>1980; Matthias Wagner: Ab morgen bist du Direktor. Das System der Nomenklaturkader in der DDR. Berlin 1998.

<sup>30</sup> Kurt Pätzold. In: WiMi 1990/I, S. 17 – Hervorhebung: B.F.



## Demokratisierung von innen

Nach dem Jahreswechsel 1989/90 kamen auch in der Wissenschaft personelle Veränderungen in Gang. Etliche Direktoren traten zurück. Intern wurde gewählt, und man meinte, damit der Forderung nach Demokratisierung Genüge getan zu haben. Doch diese Veränderungen perpetuierten im Grunde die jahrzehntelange Kaderpolitik. Ich will nicht auf den drastischen Vergleich Stefan Wolles über Wahlen im Freudenhaus zurückgreifen, die Metapher Ilko-Sascha Kowalczyks über die Ernennung der „einstigen Hauptumweltverschmutzer ... zu Umweltschutzaktivisten und Direktoren der Stadtreinigung“<sup>31</sup> bringt die Situation ebensogut auf den Punkt. Waren diese Neuwahlen nicht eher das Pendant zur Wahl Prinz Max von Badens zum Reichskanzler durch die alte Führung der deutschen Reichsregierung?

Tatsächliche Alternativen in den gesellschaftswissenschaftlichen Akademieinstituten waren schlicht zu schwach, wo sie überhaupt bestanden. Der Unabhängige Historikerverband (UHV) galt als Nestbeschmutzer, als existenzielle Bedrohung. Er sei „weniger durch wissenschaftliche Leistungen, als vielmehr durch Verbalinjurien, Denunziationen und Enthüllungsgeschichten in Erscheinung“ getreten und postuliere „nun einen haus-eigenen Wahrheits- und Interpretationsanspruch ..., der in seiner messianischen Absolutheit penetrant an SED-Zeiten erinnert.“<sup>32</sup>

Nichtsdestotrotz konnten der neu gewählte stellvertretende Direktor des Zentralinstituts für Geschichte Rainer Eckert und Fritz Klein – der wohl einzige der alten Professoren, der sich dem UHV angeschlossen hatte und der als Emeritus die Leitung des Akademie-Instituts für allgemeine Geschichte übernommen hatte – gestaltend in den Umbruch eingreifen. Beiden blieb aber am Ende nur die traurige Beerdigung ihrer Institute.

## Optionen des UHV

Die kleine Gruppe von Kollegen, die sich im April 1990 als UHV konstituierte, stellte sich im Wesentlichen zwei Aufgaben: „die Brechung auch des geistigen Machtmonopols der SED“ und „die Wiederherstellung der

---

<sup>31</sup> Ilko-Sascha Kowalczyk über Georg Iggers, Konrad Jarausch, Matthias Middell, Martin Sabrow: Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem. München 1998. In: H-Soz-u-Kult 19.5.1999.

<sup>32</sup> Kurt Finker: Die Verklärung der „Aufklärer“. Wie die DDR delegitimiert wird, so auch deren Geschichtsschreibung. In: Neues Deutschland v. 16./17.11.1996, S. 11.

Würde des Berufsstandes“.<sup>33</sup> Es waren dies hochgesteckte Ziele, denen praktisch nur nahezukommen war, indem die für die ideologische Bevormundung Verantwortlichen namhaft gemacht und aus wissenschaftsleitenden Positionen entfernt wurden. Ich will das ohne jede Beschönigung benennen: Es ging uns, dem UHV, nicht primär um die Evaluierung wissenschaftlicher Leistungen. Es ging um die Macht im wissenschaftlichen Betrieb. „Denn überall – in allen Institutsdirektionen, in jeder Zeitschriftenredaktion, in allen Verlagslektoraten – sitzen noch die alten Leute.“<sup>34</sup>

Es ging darum, den Einfluss jener zu minimieren, die wider besseres Wissen ihre Arbeit den Interessen der Herrschenden unterworfen hatten. Und es ging darum, jene aus dem Wissenschaftsbetrieb zu entfernen, die durch repressive Maßnahmen nicht nur Kollegen oder Studierende zu disziplinieren oder zum Schweigen zu bringen suchten, sondern hierdurch Generationen von Studierenden die Instrumente zeigten, ihnen vor Augen führten, was Ungehorsam, Widerworte, Zweifel, der Griff zu illegisiertem Material etc. für Folgen hatten.

Im Sommer 1976 fragte mich Hermann Simon, seinerzeit verantwortlich für die Orientalischen Münzen des Münzkabinetts scherzhaft, was mit der Geschichtssektion an der Humboldt-Universität sei. Bislang hatte etwa alle vier Jahre ein politischer Exzess stattgefunden, in dessen Folge Studenten exmatrikuliert oder verhaftet worden waren. Nun aber sei es schon seit 1972 ruhig. Als ich ihn im folgenden Jahr – ich war unterdessen nach der unseligen Biermann-Ausbürgerung exmatrikuliert und zur Bewährung in die Produktion geschickt worden – zufällig traf, meinte er, sich für die ironische Bemerkung entschuldigen zu müssen: Er habe meine Exmatrikulation nicht an die Wand malen wollen. Wir konnten aber herzlich über unsere Schlussfolgerung lachen, dass es offenbar ein höheres Prinzip, gleichsam eine der viel gesuchten historischen Gesetzmäßigkeiten zu sein schien, derartige Disziplinierungsvorfürungen an Universitäten zumindest in einem solchen Rhythmus durchzuführen, dass jeder Student und jede Studentin sie wenigstens einmal im Laufe des Studiums erlebt: Disziplinierung als Teil des Curriculums.

Der mehrfach erwähnte Kurt Pätzold war an einigen Lehrveranstaltungen dieser Art leitend beteiligt – er wollte „Menschen für eine gute und gerechte Sache gewinnen“ – und bedauerte im Nachhinein, dass seit 1990 behauptet werde, dies sei „mit Mitteln des politischen Drucks geschehen“:

---

<sup>33</sup> Mitter; Wolle: Aufruf, a.a.O., S. 23.

<sup>34</sup> Ebenda.

Zum Beweis dafür werden politische Auseinandersetzungen angeführt, die damit endeten, dass Studenten gezwungen wurden, sich die ‚Welt DDR‘ zeitweilig nicht aus der Perspektive der Hörsaalbank, sondern aus der eines Produktionsbetriebes, von einer Werkbank aus anzusehen. Wir reden in meinem Fall von fünf Studenten, was die Sache nicht besser macht, aber bestimmte, absichtlich übertriebene Vorstellungen korrigiert. Das war ein harter Eingriff in die Biografie junger Menschen. Später habe ich mich gefragt: ‚Wie sähe ich die Sache an, wenn einer der Betroffenen sich einen Strick genommen hätte?‘ Das habe ich damals nicht bedacht.<sup>35</sup>

Einige Korrekturen sind an dieser Stelle angebracht: Es ging nicht um fünf Studenten. Direkt betroffen waren weitaus mehr. Die intendierte Kollateralwirkung betraf, wie Hermann Simon so treffend bemerkte, alle Studierenden. Allein für die politischen Exzesse der Jahre 1972 und 1976 ging es nicht nur um zeitweilige Studienunterbrechungen wie bei den späteren Gründungsmitgliedern des UHV Stefan Wolle, Rainer Eckert, Ulrich Geyer oder mir selbst. Mechthild Günther, Erika Wohlers und Peter Timm wurden 1972 durch die Staatssicherheit verhaftet. Über die Reaktion des Lehrkörpers hielten Mechthild Günther, Rainer Eckert und Stefan Wolle später fest: „Das Verhalten der Lehrkräfte während dieser Ereignisse reichte vom blanken Opportunismus bis zu Forderungen nach einer weiteren Verschärfung der repressiven Maßnahmen.“<sup>36</sup>

Die Disziplinierung der Wissenschaftler, die Durchsetzung der Macht an den Universitäten durch die Vertreter der SED wird – und auch für diesen Aspekt der Selbstreflexion ist Kurt Pätzold nur ein Beispiel unter vielen – im autobiographischen Œuvre der Akteure mitunter deutlich beschrieben, doch nur aus der Perspektive eines unbeteiligten Zeitzeugen, der eigene aktive Beteiligung der Gnade des Vergessens überlässt.

## **Der Umbau der Wissenschaft**

Erfolg konnte der UHV mit seinen Absichten 1990 nicht haben. Dazu waren seine Kräfte zu schwach, der Verband selbst war überdies durchaus heterogen, nicht alle Mitglieder befürworteten die Rigidität, wie sie Mitter und Wolle im Gründungspapier zum Ausdruck gebracht hatten. Unklar blieb auch, wie zu unterscheiden sein sollte zwischen fürderhin

---

<sup>35</sup> Kurt Pätzold: „Mir kamen stets die Historiker lächerlich vor, die sich über Geschichte beschwerten“, in: Siebeck, Cornelia; Ulrich, Monique (Hg.): Verlorene Zeiten. DDR-Lebensgeschichten im Rückblick – eine Interviewsammlung. Berlin 2010, S. 42.

<sup>36</sup> Rainer Eckert / Mechthild Günther / Stefan Wolle: „Klassengegner gelungen einzudringen ...“. Fallstudie zur Anatomie politischer Verfolgungskampagnen am Beispiel der Sektion Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin in den Jahren 1968 bis 1972, S. 206.

tragbaren und untragbaren Kollegen. Selbst in scheinbar simplen Fällen wie dem Kurt Pätzolds lagen die Dinge nicht einfach. Immerhin galt er als hervorragender Hochschullehrer und Wissenschaftler und genoss auch außerhalb des Landes erhebliches Ansehen.

Mitter und Wolle, beteiligt an der Besetzung der Stasizentrale in Berlin-Lichtenberg, widmeten sich einer ersten professionellen Sichtung der geheimpolizeilichen Hinterlassenschaft. Die offene Repressionstätigkeit war von der permanenten hinterhältigen Wirksamkeit der Stasi verstärkt worden – ein Umstand, auf den mit Sachkenntnis auch Possekel hinwies.<sup>37</sup> Eine Zuarbeit für dieses Ministerium diskreditierte Wissenschaftler nachweisbar. Das bot spätestens seit dem 3. Oktober 1990 eine legale Handhabe, eine weitere Beschäftigung im öffentlichen Dienst, insbesondere in der Vertrauen heischenden Lehrtätigkeit an Universitäten, zu unterbinden. Doch war der Verweis auf eine frühere Kollaboration mit dem Geheimdienst nur eine formale Krücke, traf mitunter sogar die Falschen, während politische Verantwortungsträger sich nicht durch geheime Zuträgerei beschmutzen mussten.

Überdies war die Bewertung des Stasi-Materials oft schwierig. Die Akten sind nicht immer eindeutig, insofern es mehr zu beurteilen galt als die bloße Verpflichtungserklärung und den Fleiß bei der Ausführung jedweder Aufträge der Geheimpolizei zur Beschaffung von Informationen über Personen. Vollkommen absurd wäre die Verwendung dort gesammelten Spitzelmaterials über Personen gewesen. Wie sollte man etwa einen Bericht über Diskussionen in der Arbeitsgruppe „Moderner Sozialismus“ der Humboldt-Universität am 22. Juni 1989 bewerten – es sei denn als indirekte Auskunft über den Verfasser, den IM „Thomas“:

D. Segert ... arbeitet über die Vervollkommnung des politischen Systems, ist sehr fleißig und ehrgeizig; seine Stärke besteht in der Analyse und dem Vergleich bestehender Auffassungen. Er weiß, was Sozialismus sein soll, hat aber Probleme bei der theoretischen Erfassung von Systemzusammenhängen bzw. bei der Prüfung möglicher Systemzusammenhänge.<sup>38</sup>

Letztlich ist zu bedenken, dass wir im UHV uns im Grunde anmaßen, über unsere akademischen Lehrer zu urteilen – berechtigt, aber auch nicht immer gerecht. Es ist eher unser Glück, dass die Überprüfung des Personals letztlich von Dritten übernommen wurde.

Die nach dem 3. Oktober 1990 in verschiedenen Formen und mit unterschiedlichen Vollmachten und Autorisierungen operierenden Kommissionen, die die Neubesetzungen der ostdeutschen Universitäten organi-

---

<sup>37</sup> Vgl. Possekel, a.a.O.

<sup>38</sup> BStU, MfS, AIM 2533/91, Teil II, Bd. 2, Bl. 82.

sierten, standen vor der Aufgabe, die wissenschaftlichen Leistungen und die persönliche Eignung des Personalbestandes zu bewerten.<sup>39</sup> Schließlich standen auch die als politische Funktionäre arbeitenden Historiker mit ihrer Arbeit nicht außerhalb des Faches. Der unbestritten als SED-Funktionär von der parteieigenen Akademie für Gesellschaftswissenschaften Anfang der 1980er zum Direktor des Zentralinstitut für Geschichte ernannte Walter Schmidt etwa war zweifelsohne ein brillanter Experte für die Geschichte der 1848er Revolution und für die politische Geschichte der frühen deutschen Arbeiterbewegung.

Der Evaluation gründete sich auf die Publikationen der zu Prüfenden, wie das bei jeder Bewerbung der Fall sein dürfte. Ihre administrative und ihre Lehrtätigkeit waren für westdeutsche Evaluatoren viel schwieriger einzuschätzen. So gab es eine Reihe von Tabus, die indes im universitären Curriculum kaum zu umschiffen waren: Wer die entsprechenden Publikationen durchsieht, wird das Zusatzprotokoll zum Hitler-Stalin-Pakt in einer DDR-Publikation das erste Mal 1989 vorfinden. Bis dahin galt es als fiktiv, gefälscht, seine Herbeiziehung als Quelle als zu ahndender feindlicher Akt, den man im Seminar bei Pätzold besser vermied.

Im Gegensatz dazu verhandelte z.B. Günter Rosenfeld faktische Resultate des Pakts in einer Weise, die dessen Status als historische Tatsache implizit deutlich werden ließ. Rosenfeld erlaubte sich jene Doppelbödigkeit, die Studenten das Umschiffen der Tabuzonen ermöglichte, indem sie kenntlich blieben zumindest für jene, die aufmerksam zuzuhören bereit und willens waren. Diese unterschiedlichen Vorgehensweisen im universitären Lehrbetrieb mussten westdeutschen Evaluatoren ohne Informationen durch ostdeutschen Zeugen indes verborgen bleiben. Der UHV übernahm diese Rolle häufig, mitunter auch lärmend und Vertuschungsstrategien öffentlich skandalisierend.

Die Alternative zum personellen Umbruch hatten die Präsidialen der Historikergesellschaft bereits im November 1989 umrissen. Befreit von politischen Vorgaben und Tabuzonen, denen nun auch deren Exekutoren nicht mehr unterworfen waren, gingen sie im Frühjahr 1990 praktisch daran, das Konzept vom November umzusetzen. Sie kannten das Material gut, das sie anderen wissentlich vorenthalten hatten.

Ausgerechnet Kurt Pätzold – die Sachkunde und Nachsichtigkeit seines Kollegen Rosenfeld nutzend – edierte die Dokumente zu den deutsch-

---

<sup>39</sup> Vgl. hierzu Krijn Thijs: Geschichte im Umbruch. Lebenserfahrung und Historiker-Begrenzungen nach 1989, in: Maubach, Franka; Morina, Christina (Hg.): Das 20. Jahrhundert erzählen. Zeiterfahrung und Zeiterforschung im geteilten Deutschland. Göttingen 2016, S. 387–448.

sowjetischen Beziehungen der Jahre 1939–1941. Zur Vorgeschichte der Edition, an deren Verhinderung er maßgeblich beteiligt war, reduzierte sich der Kommentar auf die schamhafte Nichterklärung:

Lange wurde das Vordringen zu abwägend-kritischer Beurteilung des Geschehens dadurch zusätzlich erschwert, daß eine der streitenden Seiten sich nicht bereit fand, klar erwiesene geschichtliche Fakten wie das Vorhandensein jenes Geheimen Zusatzprotokolls anzuerkennen, das unablässiger Bestandteil des Vertrags war, den Deutschland und die Sowjetunion auf der Schwelle zum Kriege geschlossen hatten.<sup>40</sup>

Der für die Verfälschungen der Geschichte des Aufstandes vom 17. Juni 1953 verantwortliche langjährige Leiter des Wissenschaftsbereichs DDR-Geschichte initiierte die erste Tagung darüber.

Mit dem Beitritt der am 3.10.1990 noch nicht gebildeten Länder der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes trat eine Perspektivenwechsel in Kraft, der sich über den Sommer im Zusammenhang mit den Verhandlungen über den Einigungsvertrag angebahnt hatte. Nunmehr galt es, das westdeutsche Wissenschaftssystem im Osten umzusetzen und das östliche ins westdeutsche einzufügen. Diese Anpassung folgte einer anderen Logik als die DDR-interne Auseinandersetzung, die Teil der demokratischen Revolution von 1989/90 war. Die Allianzen und wechselseitigen Beeinflussungen folgten nun dem Prius des Umbaus des Wissenschaftssystems, in dessen Resultat sich eine radikale Reduktion der akademischen Geschichtsforschung im Osten ergab.

Für den UHV blieb die Aufgabe, die Binnenperspektive der widerborstigen DDR-Historiker wieder und wieder in diesen Prozess einzubringen.

---

<sup>40</sup> Kurt Pätzold / Günter Rosenfeld: Vorwort. In: Dieselben (Hg.): Sowjetstern und Hakenkreuz. 1938–1941. Dokumente zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen. Berlin 1990, S. 7.

## Inventur

### Der Personalumbau in den ostdeutschen Wissenschaften nach 1989

*Franziska Bomski:*

Der Personalumbau in den ostdeutschen Wissenschaften und seine Folgen. Plädoyer für eine Versachlichung der Debatte .....7

*Mitchell G. Ash:*

Hochschul- und Wissenschaftspolitik im Prozess der deutschen Vereinigung. Eine „Übernahme“ mit unerwarteten Folgen.....19

*Peer Pasternack:*

Der Personalumbau der 90er Jahre in der ostdeutschen Wissenschaft. Differenzierungen und ihr Erklärungspotenzial .....37

*Axel-Wolfgang Kahl:*

Planvoll zur Marktordnung. Ostdeutsches Expertenwissen und akademische Eliten in der ökonomischen Transformation der DDR .....54

*Bernd Florath:*

Der Unabhängige Historikerverband und die demokratische Revolution 1989/90 in der Geschichtswissenschaft. Eine erfahrungsgesättigte Analyse .....70

*Krijn Thijs:*

Die „Ritter-Kommission“ und ihre Mitglieder. Asymmetrische Erneuerungspraktiken am Geschichtsinstitut der Humboldt-Universität (1991–1993) .....84

*Carsten Gansel:*

Literaturwissenschaft in und aus der DDR zwischen Vorwende, Wende und Nachwende. Reflexionen und Erfahrungen.....99

*Sandra Schell:*

Aufbrüche und Enttäuschungen im Zeichen der ‚Wende‘. Am Beispiel des Leipziger Literaturwissenschaftlers Günter Mieth .....112

*Dorothea Horas:*  
 „Systemneutrale“ Naturwissenschaftler:innen als Stützen des Systems?  
 Der Personalumbau an den Pädagogischen Hochschulen in  
 Halle und Potsdam .....125

*Monika Juliane Gibas, Astrid Lorenz, Dieter Segert*  
*im Gespräch mit Franziska Bomski:*  
 Wie weiter nach 1989? Wissenschaftliche Werdegänge  
 ostdeutscher Wissenschaftler:innen.....139

*Wolfgang Schieder, Jörg Schönert*  
*im Gespräch mit Andrea Albrecht:*  
 Perspektive West: Strukturanpassungen und ihre  
 personellen Auswirkungen .....152

**PUBLIKATIONEN**

*Peer Pasternack:*  
 Bibliografie: Wissenschaft & Hochschulen in Ostdeutschland seit 1945.....167  
 Allgemeines und thematisch Übergreifendes (167) • Gesellschafts-/Sozial- und Geisteswissenschaften (169) • Künstlerische Hochschulen, Gestaltung und Architektur (175) • Naturwissenschaften (177) • Medizin und affine Fächer (181) • Ingenieurwissenschaften (182) • Regionales und Lokales (184)

**Autorinnen & Autoren**.....187



## Autorinnen & Autoren

**Andrea Albrecht**, Prof. Dr., Professorin für Neuere Deutsche Literatur an der Universität Heidelberg. eMail: andrea.albrecht@gs.uni-heidelberg.de

**Mitchell G. Ash**, Prof. em. Dr., Historiker, zuletzt Ordentlicher Professor für Geschichte der Neuzeit an der Universität Wien. eMail: mitchell.ash@univie.ac.at

**Franziska Bomski**, Dr. phil., Literaturwissenschaftlerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Einstein Forum, Potsdam. eMail: franziska.bomski@einsteinforum.de

**Bernd Florath**, Dr. phil., Historiker, Mitglied des wissenschaftlichen Beirates der Robert Havemann-Gesellschaft/Archiv der DDR-Opposition, Berlin. email: bflorath@web.de

**Carsten Gansel**, Prof. Dr., Professor für Neuere deutsche Literatur und Germanistische Literatur- und Mediendidaktik an der Justus-Liebig-Universität Gießen. eMail: carsten.gansel@germanistik.uni-giessen.de

**Monika Juliane Gibas**, Dr. phil. habil., arbeitete als Historikerin an den Universitäten in Leipzig, Jena und Magdeburg, zuletzt 2017–2023 Leiterin des Projekts „Provenienzforschung in öffentlichen Bibliotheken Sachsen-Anhalts“ beim Landesverband Sachsen-Anhalt im Deutschen Bibliotheksverband.

**Uwe Grelak** M.A., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Hochschulforschung an der Universität Halle-Wittenberg. eMail: uwe.grelak@hof.uni-halle.de

**Dorothea Horas** M.A., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Historischen Institut der Universität Potsdam. eMail: horas@uni-potsdam.de

**Axel-Wolfgang Kahl** M.A., Historiker, Doktorand an der Universität Potsdam und Referent beim Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg. eMail: axelkahl@uni-potsdam.de

**Astrid Lorenz**, Prof. Dr., seit 2011 Professorin für das Politische System Deutschlands und Politik in Europa an der Universität Leipzig. eMail: astrid.lorenz@uni-leipzig.de

**Peer Pasternack**, Prof. Dr., Direktor des Instituts für Hochschulforschung (HoF) an der Universität Halle-Wittenberg. eMail: peer.pasternack@hof.uni-halle.de; www.peer-pasternack.de

**Sandra Schell**, Doktorandin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Germanistischen Seminar der Universität Heidelberg. eMail: sandra.schell@gs.uni-heidelberg.de

**Wolfgang Schieder**, Prof. Dr., lehrte von 1970 bis 1991 Neuere Geschichte an die Universität Trier und 1991 bis 2000 Neuere und Neueste Geschichte an der Universität zu Köln.

**Jörg Schönert**, Prof. Dr., von 1980 bis 1983 Professor für Neuere Deutsche Literatur an der RWTH Aachen und von 1983 bis 2007 an der Universität Hamburg.

**Dieter Segert**, Prof. Dr., von 1989 bis 1998 Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin und von 2005 bis 2017 Professor für politikwissenschaftliche Osteuropastudien an der Universität Wien.

**Krijn Thijs**, Dr., Historiker, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Duitsland Instituut der Universiteit van Amsterdam. eMail: k.thijs@uva.nl